



Anerkannt nach § 3 UmwRG

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V., Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn
Tel.: 0049 228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: BBU-Bonn@t-online.de,
Internet: <http://www.bbu-online.de/>, Facebook: <https://www.facebook.com/BBU72>

Pressemitteilung

AKW und sonstige Atomanlagen: Landesregierungen sind in der Verantwortung

Zusammenarbeit der deutschen und japanischen Anti-Atomkraft-Bewegung

(Bonn / Berlin, 11.03.2013) Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat am heutigen 2. Jahrestag der Atomkatastrophe von Fukushima erneut die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen gefordert. Der Verband betont, dass es auch bei den deutschen Atomkraftwerken und sonstigen Atomanlagen jederzeit zu schwerwiegenden Störfällen kommen kann. Von den zuständigen Landesregierungen fordert der BBU die sofortige Aufhebung der Betriebsgenehmigungen aller Atomkraftwerke und Uranfabriken. "Es geht nicht an, dass die Bundesländer die Verantwortung nach Berlin schieben und ihre Hände in Unschuld wiegen. Die Landesregierungen in Düsseldorf, Hannover und Stuttgart sowie in weiteren Landeshauptstädten haben die Betriebsgenehmigungen erteilt und können sie auch wieder aufheben", so BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz.

Der BBU sieht in den bundesweiten Demonstrationen vom Wochenende ein deutliches Zeichen der Bevölkerung, dass endlich mit dem konkreten Atomausstieg ernst gemacht werden muss. Der Weiterbetrieb von Atomkraftwerken und anderen Atomfabriken wird nicht hingenommen. Rund 30.000 Menschen haben am Wochenende für den sofortigen Atomausstieg demonstriert. Weitere Demonstrationen gab es u. a. in Frankreich, Belgien und in Japan.

Der BBU ist darüber erfreut, dass sich auch japanische Verbände mit den Anti-Atomkraft-Protesten in der Bundesrepublik solidarisieren. In einem Schreiben an den BBU teilte Yoshito Endo vom Vorstand der Organisation "NAZEN Fukushima" mit: "Die (japanische) Regierung erkennt nicht die Gefahr der Niedrigstrahlung und lässt 300.000 Kinder in Fukushima im Stich. Radioaktive Strahlung kennt keine Staatsgrenzen, aber auch unsere solidarischen Bürgerbewegungen kennen keine Staatsgrenzen. Wir werden - im Geist mit Euch gemeinsam - unsere Versammlung und Demonstration des Jahrestages am 11. März in Fukushima erfolgreich durchführen!"

Der BBU hält den Betrieb von Atomkraftwerken und sonstigen Atomanlagen aus verschiedenen Gründen für nicht verantwortbar. Ständige Unfälle, menschliches Versagen, drohende Flugzeugabstürze und die unlösbare Atommüllentsorgung erfordern den sofortigen Atomausstieg.

Der Protest geht weiter

Am heutigen Jahrestag der Fukushima-Katastrophe, finden in im ganzen Bundesgebiet rund 200 Gedenk- und Mahnwachen statt. Eine Übersicht der Orte, an denen Aktionen stattfinden, findet man unter www.ausgestrahlt.de. Auch der BBU ruft zur Teilnahme auf. Weitere Demonstrationen zum kommenden Jahrestag der Tschernobylkatastrophe (26. April) sind bereits in der Vorbereitung und auch bei den Ostermärschen werden die Gefahren der Atomenergie thematisiert.

Zur Finanzierung seines Engagements gegen jegliche Nutzung der Atomenergie bittet der BBU um Spenden aus den Reihen der Bevölkerung. Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, BLZ 37050198, Kontonummer: 19002666.

Informationen über den BBU und seine Aktivitäten gibt es im Internet unter www.bbu-online.de; telefonisch unter 0228-214032. Die Facebook-Adresse lautet www.facebook.com/BBU72. Postanschrift: BBU, Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn.

Der BBU ist der Dachverband zahlreicher Bürgerinitiativen, Umweltverbände und Einzelmitglieder. Er wurde 1972 gegründet und hat seinen Sitz in Bonn. Weitere Umweltgruppen, Aktionsbündnisse und engagierte Privatpersonen sind aufgerufen, dem BBU beizutreten um die themenübergreifende Vernetzung der Umweltschutzbewegung zu verstärken. Der BBU engagiert sich u. a. für menschen- und umweltfreundliche Verkehrskonzepte, für den sofortigen und weltweiten Atomausstieg, gegen die gefährliche CO2-Endlagerung und für umweltfreundliche Energiequellen.